

2026 muss zum Jahr der Kinderrechte nicht nur in Deutschland werden

geschrieben von Redakteur | Januar 2, 2026



Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert Politik und Gesellschaft auf, Kinderrechte endlich konsequent umzusetzen – in Gesetzgebung, Verwaltung, Bildung und Alltag

Das Deutsche Kinderhilfswerk ruft Staat und Zivilgesellschaft dazu auf, das Jahr 2026 gezielt unter das Zeichen der Kinderrechte zu stellen. Anlass ist unter anderem der aktuelle Kinderrechte-Index, der deutlich macht: Die UN-Kinderrechtskonvention wird in Deutschland nach wie vor nur unzureichend umgesetzt.

„Das Kindeswohl wird in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung noch immer nicht ausreichend berücksichtigt“, betont DKH-Präsident Thomas Krüger.

Mehr als 36 Jahre nach Verabschiedung der Konvention seien die Rechte von Kindern zwar anerkannt – aber noch längst nicht durchgängig handlungsleitend.

Kinder als eigenständige Persönlichkeiten ernst nehmen

Zentral für das Deutsche Kinderhilfswerk ist die Sicht auf Kinder als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten:

- Recht auf Schutz
- Recht auf Förderung und Entwicklung
- Recht auf Beteiligung
- Recht auf Gehör in allen sie betreffenden Angelegenheiten

Kinder müssten nicht nur geschützt, sondern aktiv beteiligt werden – in Familie, Schule, Kommune und Gesellschaft. Beteiligung sei kein „Nice-to-have“, sondern ein Kern demokratischer Bildung.

„Demokratie zu lernen heißt, Demokratie zu erleben – auch und gerade für Kinder“, so Krüger.

Bildungsbenachteiligung bleibt strukturelles Problem

Besonders kritisch sieht das Deutsche Kinderhilfswerk die weiterhin großen Bildungsungleichheiten. Kinder aus armutsbetroffenen Familien hätten nach wie vor deutlich schlechtere Bildungs- und Teilhabechancen.

Trotz jahrelanger Debatten seien hier kaum substanzielle Fortschritte erzielt worden – mit langfristigen Folgen für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

Ein zentrales politisches Ziel bleibt die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Diese sollen dort als eigenständige Rechte verankert werden – ergänzend zu den Elternrechten und klar gegenüber dem Staat gerichtet.

Gefordert wird:

- ein eigener Passus zu Kinderrechten im Grundgesetz
- Vorrang des Kindeswohls bei staatlichen Entscheidungen
- breite parteiübergreifende Unterstützung
- Einbindung der Zivilgesellschaft in das Gesetzgebungsverfahren

„Kinderrechte brauchen eine starke rechtliche Grundlage – und eine breite gesellschaftliche Allianz“, so Krüger.

2026 als Signaljahr für Kinder und ihre Rechte

Mit dem Aufruf, 2026 zum „Jahr der Kinderrechte“ zu machen, verbindet das Deutsche Kinderhilfswerk die Hoffnung auf:

- mehr öffentliche Aufmerksamkeit für Kinderrechte
- verbindlichere politische Entscheidungen
- stärkere Beteiligung von Kindern an gesellschaftlichen Prozessen
- langfristige strukturelle Verbesserungen für Kinder und Familien

Kinder seien nicht nur die Zukunft der Gesellschaft – sondern

vor allem ihre Gegenwart.